

## 100 Jahre Volksabstimmung in Oberschlesien

### Jugend der Deutschen Minderheit befasst sich mit Plebiszit 1921



Der Bund der Jugend der Deutschen Minderheit in Polen (BJDM), der sowohl in der heutigen Wojewodschaft Oppeln als auch in der Wojewodschaft Schlesien seine lokalen Gruppen hat, hat sich historischen Ereignisse der Volksabstimmung in Oberschlesien 1921 beschäftigt. Auf die Fragen der Landmannschaft der Oberschlesier (LdO) zum Thema des sich zum hundertsten Male jährenden Plebiszits in Oberschlesien haben einige der Jugendlichen geantwortet.

*(Jugendliche in Oberschlesien beim Anbringen von Plakaten zur Abstimmung; Quelle: Preussenchronik des RBB)*

100 Jahre sind eine lange Zeit, aber noch bis heute sind die Auswirkungen der damaligen Volksabstimmung zu spüren. Sowohl in den gesellschaftlichen Unterschieden in den verschiedenen Regionen Oberschlesiens als auch im Selbstgefühl der Oberschlesier wirken die historischen Ereignisse heute noch nach.

Monika Mikołajczyk, BJDM-Mitglied aus Posen, fasst den Beginn und die Folgen des Volksabstimmungsgedankens kurz zusammen:

*„Wenn die Frage der politischen Zugehörigkeit zu Polen eindeutig gewesen wäre, hätte es keine Volksabstimmung gegeben. Die Alliierten wollten die Bevölkerung auf demokratische Weise abstimmen lassen. Sogar der polnische Vorkriegsstaat selbst war sich der Komplexität der Geschichte Schlesiens und der vielschichtigen Identität seiner Bewohner bewusst, was dazu führte, dass Schlesien eine weitgehende Autonomie innerhalb der polnischen Republik gewährt wurde. Vielleicht war es die Angst vor weiteren Konflikten, denn die Einstellung der schlesischen autochthonen Bevölkerung zu den pro-polnischen Aufständen war vielfältig.“*

Mattheus Czellnik, BJDM-Vorstandsmitglied, erklärt die Gründe und die Art, wie die Oberschlesier ihre Entscheidungen gefällt haben, folgendermaßen:

*„Die Entscheidungen der Oberschlesier wurden oft pragmatisch getroffen, was sie auch als praktische Menschen auszeichnet. Natürlich muss man der Frage nach der Nationalität und der Religion Beachtung schenken, aber es war mehr die Frage, wo man leben und wohnen wollte. Deswegen hat die Mehrheit Deutschland gewählt, welches eine besser entwickelte Sozialpolitik und Wirtschaft hatte als der neue, noch unsichere Staat Polen.“*



*(Sonderzug mit Stimmberechtigten aus Berlin in Richtung Oberschlesien am 20. März 1921;  
Quelle: Picture-Alliance, AKG-Images)*

Monika Mikołajczyk geht auf die Kritik der polnischen Plebiszitkommission ein, dass nach 1904 weggezogene deutsche Oberschlesier ein Stimmrecht hatten:

*„Die polnische Seite verlangte, dass die ‚Emigranten‘ mitstimmen dürfen. Später versuchten sie - als sie erkannten, dass die Mehrheit dieser ‚Emigranten‘ für Deutschland stimmte - sich von diesem Vorschlag zurückzuziehen, aber es war zu spät. Das Argument, dass Polen ohne die Stimmen der ‚Auswanderer‘ gewonnen hätte, ist haltlos.“* Auch nach Oberschlesien eingewanderte Polen aus anderen Gebieten hätten ein Recht zur Teilnahme an der Volksabstimmung gehabt und ausgeübt, so Monika Mikołajczyk weiter.

Weronika Koston, Schatzmeisterin im BJDM, ordnet die Teilung Oberschlesiens 1922 trotz eines Ergebnisses von fast 60% für den Verbleib bei Deutschland sowie den Sinn von Volksabstimmungen ein:

*„Die Volksabstimmung war eine sehr gute Entscheidung, die einzige freie Wahl, bei der sich die Gesellschaft ausdrücken konnte. Aber der größte Fehler war, die Grenzen als Folge der Aggression zu verschieben. Der einzige gute Weg, einen Streit zu lösen, ist eben die Möglichkeit, sich zu äußern, und nicht durch angriffsbereite Aktionen, die eigentlichen Konflikte nur noch zu vertiefen. Man muss sich bewusst machen, dass wir in einer multinationalen Region leben, dass andere vielleicht andere Überzeugungen haben. Das Problem ist die mangelnde Akzeptanz, dass jemand eine andere Meinung haben könnte.“*



*(Oppeln in Erwartung der Abstimmungsergebnisse; Quelle: bundesarchiv.de)*

Robert Kokott, ebenso Vorstandsmitglied des BJDM, beschäftigt die Volksabstimmung und ihr Stellenwert im Kontext des heutigen demokratischen Europa:

*„Die Volksabstimmung 1921 zeigt, dass man durch neue Grenzziehungen keinesfalls die Probleme der geteilten Region aus der Welt schafft. Auf beiden Seiten der Grenze blieben Teile des jeweils anderen bestehen – deutsche Oberschlesier in Polen und polnische Oberschlesier in Deutschland. Im demokratischen Europa, in dem Einheit in Vielfalt herrscht, können regionale Besonderheiten sich entwickeln, wobei sich Europa mehr bemühen sollte, Minderheitenrechte zu stärken.“*

Dominik Duda

(ifa Kulturmanager  
Menedżer d/s kultury  
Instytutu Stosunków  
Kulturalnych z Zagranicą (ifa)  
ul. M. Konopnickiej 6  
45-004 Opole | Polen)